



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

(Die Genehmigung des Protokolls durch den Stadtrat steht noch aus)

Solarstrom bei den Stadtwerken Ingolstadt
- Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 05.03.2020 -

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Finanz- und Personalausschuss	01.04.2020	Entscheidung

Die ÖDP-Stadtratsgruppe stellt hiermit folgenden **Antrag**:

1. Die Stadtwerke Ingolstadt kaufen ab sofort Strom aus PV-Anlagen, welche den Förderzeitraum von 20 Jahren überschritten haben zu einem Tarif, der der gegenwärtigen EEG-Vergütung entspricht.
2. Die Stadtwerke Ingolstadt vergüten „überschüssigen“ Strom von neuen PV-Anlagen, falls bzw. bis die Deckelung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien durch die Bundesregierung abgeschafft wird.

Begründung

Zu 1.:

Ingolstadt nutzt erst 6,3% der möglichen Gesamtleistung bei Photovoltaikanlagen. Künftig steht zu befürchten, dass nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung unrentabel werdende Altanlagen vom Netz genommen werden, obwohl ihre technische Lebensdauer noch nicht erreicht ist. Dies muss verhindert werden.

Der Antrag würde ermöglichen, die jährlichen Betriebskosten zum Weiterbetrieb der meist kleineren Anlagen zu decken.

Zu 2.:

Der sogenannte „Solardeckel“ führt im Laufe der nächsten Monate dazu, dass eine Vergütung von Überschusseinspeisung aus kleineren PV-Anlagen ins öffentliche Netz gestoppt wird.

Mit diesem 52-Gigawatt-Deckel für Solarstrom wurde in den letzten Jahren versucht, die Kosten des Solarenergie-Zubaus zu begrenzen. Da nun aber die Kosten für neue Photovoltaikanlagen stark gesunken sind, wird dieser Deckel überflüssig, zudem droht eine Verfehlung aller klimapolitischen Ziele.

Für die Solarbranche hat dies gravierende Folgen: Laut Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ werde bereits jetzt von ersten Banken die Finanzierung neuer Projekte abgelehnt.

Entsprechend äußern sich auch die Fachverbände: "Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen bei der Umsetzung der Klimaziele wäre es keinesfalls nachvollziehbar, wenn neben den gravierenden Problemen der Windbranche nun auch noch die Solarbranche mit ihren über 30.000 Beschäftigten in vermeidbare Schwierigkeiten geraten würde", heißt es in einem offenen Brief von rund einem Dutzend Verbänden an Regierung und Parlament.

Der vorliegende Antrag würde also dafür sorgen, energiepolitische Handlungsunfähigkeit auf Bundesebene zu kompensieren und Planungssicherheit zu gewährleisten, um für die Solarfachbetriebe unserer Region einen Einbruch bei PV-Neuinstallationen zu verhindern.

Beschluss:

Finanz- und Personalausschuss vom 01.04.2020

Der Antrag wird weiter verwiesen. Vom zuständigen Referat ist eine Vorlage zu erstellen.